



Unterrichtung 19/242

der Landesregierung

Entwurf einer Landesverordnung zur Änderung der Allgemeinen Laufbahnverordnung (ALVO)

Die Landesregierung unterrichtet den Schleswig-Holsteinischen Landtag unter Hinweis auf Artikel 28 Absatz 1 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein in Verbindung mit dem Parlamentsinformationsgesetz (PIG).

Federführend ist die Staatskanzlei.

Zuständiger Ausschuss: Innen-und Rechtsausschuss

Der Chef der Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein
Postfach 71 22 | 24171 Kiel

Präsident des
Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Klaus Schlie, MdL
Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

10. August 2020

Entwurf einer Landesverordnung zur Änderung der Allgemeinen Laufbahnverordnung (ALVO)

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

den beiliegenden Entwurf einer Landesverordnung zur Änderung der Allgemeinen Laufbahnverordnung (ALVO) übersende ich unter Hinweis auf Artikel 28 Absatz 1 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein in Verbindung mit dem Parlamentsinformationsgesetz mit der Bitte um Kenntnissnahme. Der Verordnungsentwurf ist gleichzeitig den zu beteiligenden Verbänden zur Information zugeleitet worden.

Mit freundlichen Grüßen


Dirk Schrödter

Anlagen: 1

Verordnung zur Änderung der Allgemeinen Laufbahnverordnung

Die Landesverordnung über die Laufbahnen der Beamtinnen und Beamten in Schleswig-Holstein (Allgemeine Laufbahnverordnung - ALVO) vom 19. Mai 2009 (GVOBl. Schl.-H. S. 236), Ressortbezeichnungen ersetzt durch Verordnung vom 16. Januar 2019 (GVOBl. Schl.-H. S. 30), wird wie folgt geändert:

Artikel 1

1. § 4 wird wie folgt geändert:

Absatz 2 wird wie folgt geändert:

a) Es wird folgende Ziffer 3 eingefügt:

„3. durch Erfüllen der Bildungsvoraussetzungen und Abschluss einer inhaltlich dem Vorbereitungsdienst entsprechenden abgeschlossenen beruflichen Ausbildung oder Fortbildung (§ 14 Abs. 2 Nr. 2b), soweit dies durch Verordnung nach § 25 Absatz 2 Satz 2 LBG geregelt ist,“

b) Die bisherigen Ziffern 3 bis 8 werden Ziffern 4 bis 9.

2. § 23 erhält folgende Fassung:

„Die für die Fachrichtung Feuerwehr zuständige oberste Landesbehörde kann durch Verordnung nach § 25 Absatz 2 Satz 2 LBG von den Regelungen der §§ 10 a, 19 Absatz 2 und 21 abweichen, soweit die besonderen Verhältnisse der Fachrichtung dies erfordern.“

Artikel 2

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft.

Kiel,

Daniel Günther
Ministerpräsident

Begründung:

Mit den vorliegenden Änderungen wird die Voraussetzungen geschaffen, den Zugang zum Feuerwehrdienst zu erleichtern und diesen sowie die Entwicklungsperspektiven an die besonderen Bedarfe der Laufbahn anzupassen.

Zu Nummer 1 (§ 4 Abs. 2):

Durch § 14 Abs. 2 Nr. 2 b) Landesbeamtengesetz wurde die Möglichkeit eröffnet, die Laufbahnbefähigung bei Erfüllung der nach Ziffer 1 vorgegebenen Bildungsvoraussetzungen nicht nur über den Vorbereitungsdienst zu erwerben, sondern auch über eine entsprechende berufliche Ausbildung oder Fortbildung. In der Allgemeinen Laufbahnverordnung wurde diese Möglichkeit aus heute nicht mehr nachvollziehbaren Gründen bisher jedoch nicht berücksichtigt.

Künftig ist beabsichtigt, die Ausbildung zum Werkfeuerwehrmann oder zur Werkfeuerwehrafrau als dem Vorbereitungsdienst entsprechende Ausbildung anstelle des Vorbereitungsdienstes für die Laufbahnbefähigung anzuerkennen.

Um diese Anerkennung in der LAPO-Feu regeln zu können, bedarf es der entsprechenden Grundlage in der ALVO.

Zu Nummer 2 (§ 23)

Die bisherige Regelung kann entfallen. Es handelt sich um eine Spezialregelung für die Fachrichtung Feuerwehr, die über die allgemeinen Anforderungen des LBG und ALVO hinausgeht und daher in der LAPO Feu als spezieller Laufbahnverordnung geregelt werden darf und dort auch geregelt ist.

Die Neuregelung stellt klar, dass die Fachrichtung Feuerwehr von den §§ 10a, 19 Absatz 2 Satz 2 und 21 ALVO abweichen kann und dass diesen Regelungen insoweit Vorrang vor den allgemeinen Regelungen der ALVO zukommt. Zwar sieht § 1 Abs. 3 ALVO einen solchen Vorrang bereits vor, allerdings nur, soweit Regelungen getroffen werden, die über die Anforderungen des LBG und der ALVO hinausgehen. Da § 25 Abs. 2 S. 1 LBG aber davon spricht, dass die Vorschriften der ALVO für alle Laufbahnen einheitlich gelten, müssen Abweichungen, soweit sie unterhalb der allgemeinen Anforderungen liegen, in der ALVO ausdrücklich zugelassen werden.

Abweichungsmöglichkeit von § 10 a ALVO:

Für Feuerwehr und Polizei galten bereits vor Inkrafttreten des § 10 a ALVO Vorschriften zum Qualifizierungsverfahren, die laut Begründung zu § 10 a ALVO auch weiterhin Bestand haben sollten. Während für die Fachrichtungen Polizei und Bildung mit den §§ 107 und 122 LBG jeweils konkrete Ermächtigungen für ein Abweichen von

den allgemeinen laufbahnrechtlichen Vorschriften von LBG und ALVO geschaffen wurden, ergibt sich für die Fachrichtung Feuerwehr eine solche Ermächtigung zur Abweichung von § 10a ALVO nur aus der Begründung zur ALVO. Weder im Wortlaut der Verordnung noch im LBG findet sich eine Ermächtigung. Diese Regelungslücke soll nun geschlossen werden.

Abweichungsmöglichkeit von § 19 Absatz 2 ALVO:

Dem im Verlauf des Feuerwehrdialogs formulierten Wunsch der Feuerwehren nach einer kürzeren Ausbildungsdauer in der Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt soll aufgrund der Besonderheiten des Feuerwehrdienstes nachgekommen werden.

Die Verkürzung der Ausbildungsdauer ist dadurch gerechtfertigt, dass während der Ausbildung künftig auf den Erwerb der Qualifikation des Gruppenführers, bzw. der Gruppenführerin verzichtet wird. Diese Qualifikation muss nach einhelliger Auffassung der am Feuerwehrdialog beteiligten Parteien nicht bereits im Vorbereitungsdienst erworben werden. Sie soll künftig erst dann nach Abschluss der Ausbildung vermittelt werden, wenn auch entsprechende Führungsaufgaben übernommen werden sollen. Dies dient auch der Entlastung der Landesfeuerweherschule.

Zur Umsetzung dieser Bedarfe sieht der aktuelle Entwurf der LAPO-Feu abweichend von § 19 Absatz 2 ALVO, der eine zweijährige Mindestdauer des Vorbereitungsdienstes für die Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt vorsieht, daher einen Vorbereitungsdienst für die LG 1/2 von 18 Monaten vor. Um die vorgesehene Verkürzung in der LPO-Feu regeln zu können, bedarf es einer entsprechenden Regelung in der ALVO.

Abweichungsmöglichkeit von § 21 ALVO:

§ 21 Absatz 1 ALVO stellt in erster Linie auf das Modell der Ausbildungsgänge an der FHVD für die Fachrichtungen Allgemeine Dienste, Polizei und Steuer ab. Derzeit findet die Ausbildung für die LG 2 in der Fachrichtung Feuerwehr noch ausschließlich in anderen Bundesländern (nach deren Vorschriften) statt.

Für den Fall, dass eine Ausbildung langfristig aber auch in SH stattfinden könnte, soll die Feuerwehr die Vorbereitungsdienste der Laufbahngruppe 2 und etwaige Anrechnungsmöglichkeiten hauptberuflicher Tätigkeiten nach ihren Bedarfen regeln können.